

Thema: Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz

Umwelt und Natur sind wie nie zuvor bedroht. Auch Teile von NRW waren in den vergangenen Jahren von verheerenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir dürfen die Klimakrise weder leugnen noch vor ihr resignieren. Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und Gemeinden einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die Effekte des Klimawandels vorbereitet sind. Wir ringen dabei um sozial gerechte Lösungen, denn Klimaschutz, den sich nur Reiche leisten können, spaltet die Gesellschaft und bringt uns alle nicht weiter. Unsere linke Klimapolitik ist sozial und ökologisch zugleich und orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und dem 1,5-Grad-Ziel. Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für uns, alles zu tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität der Kommunen bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

Kommunaler Klimaschutz

Trotz klimapolitischer Rückschläge und Verzögerungen lohnt es sich, gegen die Klimakrise anzukämpfen. Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft, Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte, sowie eine dezentrale Energieversorgung.

Unsere Ziele sind Klimaneutralität und klimaresilientere Städte und Gemeinden. Damit wir uns vor den Folgen der Klimakrise schützen und eine komplette Katastrophe noch aufhalten können, brauchen wir nicht zuletzt die Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne. Klimaschutz braucht die Steuerung der öffentlichen Hand und kann mit kapitalistischer Profitwirtschaft nicht gelingen.

Mit konsequenter Beteiligung der Einwohner:innen unserer Städte und Gemeinden müssen wir gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, die uns vor den Folgen des Klimawandels besser schützen, dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken und einen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz leisten.

Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr, Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement, und vieles andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen. Wir brauchen ab sofort

- Die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis 2035
- Die Erzeugung des Großteils der Energie vor Ort aus regenerativen Quellen
- Ein hohes Tempo bei Entwicklung und Bau von Energiespeichern

Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus verbinden, hin zu Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit.

Schutz vor den Folgen des Klimawandels

Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan erarbeiten. Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst werden. Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert, Frischluftschneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden können, wie mehr Bäume gepflanzt, Fassaden und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein

42 Gründachpotential-Kataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub.
43 Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.

44 Gegen Starkregenereignisse müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die Bevölkerung muss für
45 die Gefahren sensibilisiert werden, Starkregengefahrenkarten müssen angelegt werden,
46 Frühwarnsysteme müssen eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche
47 Maßnahmen gegen Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden. Fließgewässer
48 müssen ebenso renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

- 49 - Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen
50 überprüft, wie z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen
51 zum Schutz dieser Einrichtungen werden ergriffen.
- 52 - Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt,
53 sofern sie auch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.
- 54 - Linke Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
55 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 56 - Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen.

57 **Agrarpolitik**

58 Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl
59 orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
60 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

61 Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- 62 - Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen
63 sollen künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales
64 Agrarland soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden
65 bewirtschaftet werden. Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete
66 Flächen sollen als Insekten- und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende
67 Pachtverträge sollen in den kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden,
68 wo dies möglich ist.
- 69 - Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie
70 auch Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe
71 aus der Region.
- 72 - Linke Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen
73 Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte
74 Nahrungsmittel an.
- 75 - Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
76 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der
77 Natur überlassen werden.
- 78 - Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als
79 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und
80 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen
81 vermieden werden.
- 82 - Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
83 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und
84 ihre Entsiegelung zu erreichen.

85 **Energiepolitik**

Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Versorgung der Bürger:innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein.

Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:

- Linke Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Bürger:innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.
- Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand. Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwickeln, wie sie bis zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen Energieversorgers versorgt werden.
- Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen.
- Städte und Kreise erarbeiten verbindliche Handlungsziele für die CO₂-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO₂-Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen.
- Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.
- Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein Solardachpotential-Kataster. Sie verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherr:innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.

Natur- und Artenschutz als kommunale Aufgaben

129 In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter nun auch der Igel. In unseren
130 Städten und Kreisen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das
131 Insektensterben muss aufgehalten werden.

132 Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll jede Kommune ein integriertes Programm zum
133 Schutz und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört
134 unter anderem:

- 135 - In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine
136 Pestizide eingesetzt werden.
- 137 - Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden.
- 138 - Bestehende Biotop müssen verbunden werden.
- 139 - Die Verkehrspolitik in Kommunen und Kreisen muss sichere Verkehrswege für
140 wandernde Arten anbieten.
- 141 - Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden.
- 142 - Bereits in NRW ausgestorbene Arten, darunter auch Beutegreifer wie der Wolf oder der
143 Luchs, müssen wieder angesiedelt werden.
- 144 - Die Ausbreitung invasiver Arten, wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc.
145 muss in ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten
146 beobachtet und bewertet werden.

147 **Tierschutzpolitik**

148 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel
149 erklärt wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt –
150 insbesondere die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem
151 Profitstreben unterworfen.

152 Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der
153 Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche
154 Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und
155 quälerische Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100
156 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und
157 praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion
158 müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

159 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von
160 ihrem Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für Linke Kommunalpolitik:

- 161 - keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf
162 Volksfesten
- 163 - Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen
- 164 - Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- 165 - soziale Staffelung der Hundesteuer
- 166 - kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
- 167 - Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten
- 168 - Erstellung eines Stadtaubenkonzeptes
- 169 - keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- 170 - Reptilienbörsen verbieten
- 171 - Zoos müssen verpflichtet werden, Tiere artgerecht unterzubringen, anderenfalls ist die
172 Haltung nicht zu genehmigen.

- 173 - Delphinarien sind zu schließen.
- 174 - Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen